

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/100

Bonn, den 3. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Eine Sicherheitskommission für Europa 70

Praktikabler Vorschlag für den Dialog zwischen Ost und West

Von Peter Corterier, SPD-MdB

3 CDU-Rückfall in die fünfziger Jahre? 44

Zum Klima zwischen Unionsparteien und der Bundesregierung

4 Was junge Schweizer danken 36

Ist die Schweiz neutral?

Von Hermann Battaglia, Bern

Eine Sicherheitskommission für Europa

Praktikabler Vorschlag für den Dialog zwischen West und Ost

Von Peter Corterier, SPD-MdB

Die NATO hat sich auf ihrer römischen Konferenz zum ersten Mal grundsätzlich zu dem Vorschlag einer Europäischen Sicherheitskonferenz bekannt. Dieser Entschluß ist sowohl aus taktischen als auch aus grundsätzlichen Erwägungen zu begrüßen.

Taktisch wäre die Atlantische Allianz in einer schlechten Situation gewesen, wenn sie die Idee der Europäischen Sicherheitskonferenz weiterhin der Sowjetunion und ihren Verbündeten überlassen und der östlichen Propaganda den Vorwand für die Behauptung geliefert hätte, die NATO sei nicht bereit, in ernsthafte Verhandlungen über die Grundfragen der europäischen Sicherheit einzutreten.

Grundsätzlich muß jede Möglichkeit genutzt werden, den status quo in Europa mit seiner lebensgefährlichen Konfrontation zweier mit konventionellen und atomaren Vernichtungsarsenalen gerüsteten Allianzen zu verbessern. Eine Europäische Sicherheitskonferenz kann eine solche Möglichkeit sein. Allerdings bedarf der bisher von östlicher Seite - vor allem, was die Tagesordnung angeht - recht vage gehaltene Konferenzvorschlag der Ergänzung und Konkretisierung.

Auf einer Europäischen Sicherheitskonferenz, die diesen Namen verdienen soll, muß über die wirklichen Sicherheitsprobleme in Europa gesprochen werden, also über Rüstungsbegrenzung und gegenseitige Truppenverminderung. Die NATO hat in Rom entsprechende Vorschläge gemacht, und man kann nur hoffen, daß die bisher weitgehend negativen ersten Reaktionen des Ostens bald von einer realistischeren Beurteilung abgelöst werden.

Erfreulich ist, daß man sich in Rom auch schon Gedanken über die Prozedur einer Europäischen Sicherheitskonferenz gemacht hat, denn angesichts der Vielzahl der Probleme, die sich in diesem Zusammenhang stellen, könnte eine Konferenz daran sehr leicht scheitern. Nichts wäre aber gefährlicher als erst die Hoffnungen der Menschen in West und Ost durch die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz zu wecken und durch ein Scheitern dann eine Verhärtung der Fronten zu riskieren.

Wenn es im Kommuniqué von Rom über die Prozedur heißt: "Die Errichtung eines ständigen Gremiums könnte als eine von mehreren Möglich-

keiten vorgesehen werden, um zu gegebener Zeit multilaterale Verhandlungen aufzunehmen", dann zeigt diese Formulierung, daß bei der NATO der Vorschlag des norwegischen Friedensforschers Professor Galtung und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen zur Gründung einer UNO-Sicherheitskommission für Europa in dieser oder mindestens ähnlicher Form ernsthaft in Erwägung gezogen wird.

Die Einrichtung einer solchen Kommission analog der im wirtschaftlichen Bereich arbeitenden Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen böte wesentliche Vorteile. Die vielen und zum Teil höchst kontroversen Punkte, die von beiden Seiten inzwischen für die Tagesordnung vorgeschlagen wurden und denen sicherlich weitere folgen werden, können mit Sicherheit nicht auf einer einzigen Konferenz, allenfalls auf einer Serie von Konferenzen, am besten aber von einer Ständigen Konferenz behandelt werden.

Während eine einmalige Europäische Sicherheitskonferenz sehr rasch am Streit über die Tagesordnung scheitern könnte, wäre es auf einer ständigen Konferenz - sicherlich auch dort erst nach langwierigen und zähen Verhandlungen - leichter, nach und nach die von beiden Seiten gewünschten Punkte auf die Tagesordnung zu setzen und zu behandeln.

Eine Sicherheitskommission für Europa könnte zu einem institutionalisierten ständigen Dialog über die Fragen der europäischen Sicherheit zwischen den Vertretern von West und Ost sowie der neutralen Staaten und damit hoffentlich auch zu einer schließlichen Annäherung der Standpunkte führen. Diese Kommission könnte aber nicht nur die Verhandlungsplattform für West und Ost, sondern im Falle von friedensgefährdenden Entwicklungen auch ein wichtiges Instrument zur Krisenbewältigung in Europa werden. Die Idee einer ständigen Sicherheitskonferenz wird schließlich auch durch die Erfahrungen mit der Genfer Abrüstungskonferenz unterstützt, auf der immerhin der Teststopvertrag und der Atomsperrvertrag ausgehandelt wurden.

Eine Europäische Sicherheitskonferenz kann, das hat jetzt auch die NATO erkannt, ein wichtiger Schritt zu einem Europäischen Sicherheitssystem sein. Ob der Osten in dieser Konferenz mehr als ein nützliches Propagandainstrument sieht, wird seine abschließende Stellungnahme zu den Beschlüssen von Rom, aber auch sein Verhalten in den Berlin-Gesprächen der Vier Mächte und in den Verhandlungen mit der Bundesrepublik zeigen müssen.

CDU-Rückfall in die fünfziger Jahre?

Zum Klima zwischen Unionsparteien und der Bundesregierung

sp - Zwischen der Bundesregierung, getragen von Sozialdemokraten und Freien Demokraten, und den Unionsparteien hat sich eine tiefe Kluft aufgetan. Die Auseinandersetzungen werden schärfer, der Ton härter. Erinnerungen an die 50er und frühen 60er Jahre tauchen auf. Das berühmte berüchtigte Wort eines Konrad Adenauers, ein Sieg der Sozialdemokraten bedeute den Untergang Deutschlands, vergiftete damals die innenpolitische Atmosphäre. Es riß Gräben in unserem Volk auf. Durch die Große Koalition wurden sie zugeschüttet, beide großen Parteien betrachteten sich nun als Partner und Rivalen zugleich und standen auf einem gemeinsamen Boden.

Droht heute ein Rückfall in die Zeiten vor der Großen Koalition?

Der Machtwechsel in Bonn, ausgelöst durch das Ergebnis der Bundestagswahlen vom 28. September vorigen Jahres, stürzte die Unionsparteien in einen Zustand tiefer Verzweiflung und innerer Unsicherheit. Gegensätze brachen auf, die durch eine zwanzigjährige fast Alleinherrschaft überdeckt waren. Dennoch war nach dem Regierungswechsel das Verhältnis zwischen neuer Regierung und neuer Opposition doch recht gut; das ist wohl darauf zurückzuführen, daß zu keiner Zeit in der Geschichte der Bundesrepublik die Opposition so schnell und umfassend unterrichtet wurde, wie es unter der Regierung Brandt/Scheel geschah und geschieht. Herr Barzel und sein CSU-Kollege Stücklen zeigten sich als aufmerksame Zuhörer. Es gingen ihnen alle Informationen über wichtige Vorhaben der Bundesregierung zu. Sie wissen, was die bisherigen Gespräche mit Moskau, Warschau und Ostberlin in den essentiellen Punkten erbrachten und sie kennen auch genau Ergebnis und Verlauf des Gespräches von Erfurt. Die Regierung hat nichts zu verbergen. Sie betreibt keine Politik in der Dunkelkammer.

Dieses fast reibungslose Funktionieren im Verhältnis zwischen der Regierung und Opposition fand leider ein jähes Ende. Anlaß: der CSU-Parteitag in München. Er brachte eine Wende. Herr Barzel und andere Führungsspitzen der CDU schwenkten auf die in München von Franz Josef Strauß bezogenen Positionen ein, die fast alles preisgeben, worüber sich Sozialdemokraten und Unionsparteien in der Großen Koalition über Ost- und Deutschlandpolitik geeinigt hatten.

Zieht Herr Barzel den Rückfall in die 50er Jahre vor, statt konstruktiv an den Lösungen der 70er Jahre mitzuarbeiten? Das Eingehen auf die Linie Strauß bedeutet den Appell an nationalistische Instinkte und das Erwecken irrationaler Kräfte, in der Hoffnung, auf diesem Wege parteipolitisch besser vorankommen zu können.

Diese Schwenkung von maßgebender Führungsspitzen der CDU kennzeichnet das innenpolitische Klima und wirft beunruhigende Fragezeichen auf. Dieses Spiel geht auf Kosten lebenswichtiger nationaler Interessen unseres Volkes.

+ + +

Was junge Schweizer denken

Ist die Schweiz neutral?

Von Hermann Battaglia, Bern

Alljährlich haben sich die zwanzigjährigen Schweizer Männer in der Rekrutenschule, wo sie während 17 Wochen das Militärhandwerk erlernen, einer pädagogischen Prüfung zu unterziehen. Auf die Ergebnisse des Jahres 1968 war man besonders gespannt. Das Thema lautete nämlich "Die Schweiz und die Neutralität". Kürzlich sind die Prüfungsergebnisse veröffentlicht worden.

Interessant ist, daß nicht einmal die Hälfte der Befragten (48 Prozent) die Schweiz als wirklich neutrales Land bezeichnet haben. Rund ein Viertel aller Rekruten wichen einer Antwort aus. Während 14 Prozent von einer bedingten Neutralität sprechen, erklären 12 Prozent: Die Schweiz ist nicht neutral. Sie weisen unter anderem auf die Waffenexporte hin. Wenn auch ein großer Teil der Rekruten nicht sicher war, ob die Schweiz wirklich neutral ist, so sprach sich doch eine große Mehrheit (69 Prozent) dafür aus, die heutige Haltung beizubehalten. Nur acht Prozent wären zu einem Verzicht bereit. Sechs Prozent haben erfaßt, daß Neutralität nichts Unveränderliches ist und würden sie gerne "zeitgemäßer" sehen.

Nur 60 Prozent der jungen Wehrmänner wagten es, die Frage, ob ein UNO-Beitritt mit der Neutralität vereinbar wäre, zu beantworten. Davon sprachen 2/3 das Verdikt "unvereinbar" aus. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß es noch großer Aufklärungsarbeit bedarf, wenn in den nächsten Jahren eine Volksabstimmung eine Mehrheit für den UNO-Beitritt ergeben soll. Ohne Zweifel würden Untersuchungen bei der älteren Generation ein noch negatives Bild ergeben. Daß nur 20 Prozent der Befragten der Meinung war, auch eine neutrale Schweiz könnte der UNO "Blauhelme" zur Verfügung stellen, überrascht nach den bisherigen Ausführungen nicht mehr. 50 Prozent gaben ihre Stimme für "nicht vereinbar" ab. Daß sich demgegenüber die positiven und negativen Antworten auf die Frage "Wäre ein Anschluß an die EWG mit der Neutralität vereinbar" die Waage halten, beweist einmal mehr, daß die Bedenken der Schweizer um so kleiner sind, je mehr Wirtschaft im Spiele ist.

Für die Anhänger einer "Offenen Schweiz" sind die Prüfungsergebnisse nicht gerade erfreulich. Trostreich ist, daß der "Test" eindeutig ergeben hat, daß mit dem Bildungsstand auch die Bereitschaft zur Selbstkritik und zum Engagement wächst. Vor zehn Jahren wäre das Bild wohl noch düsterer gewesen... + + +